

Trauer, Wut und Angst

Deutschland begeht am 8. Mai den 75. Jahrestag des Weltkriegsendes. 60 Mio. Menschen hatten das nationalsozialistische Welt-herrschaftsstreben mit dem Leben bezahlt. Seither gilt „Nie wieder Krieg“ in Europa aber nicht in Syrien, Afghanistan, Irak, Kurdistan, Kaschmir, Jemen, Libyen, Mali, Demokratische Rep. Kongo, ... Deutschland belegt inzwischen Platz vier der größten Waffen-expoiteure.

Von den 27 EU-Mitgliedstaaten wurden im vergangenen Jahr 295.800 Asylsuchende - von 541.000 insgesamt - als schutz-berechtigt anerkannt, 20.000 weniger als 2018. Die Asylaner-kennungsquote stieg von 37 auf 38 Prozent, sank aber bei den Gerichten von 38 auf 31 Prozent. 21.200 Flüchtlinge wurden in die EU umgesiedelt. Die meisten Schutzsuchenden kamen aus Venezuela (96%), Syrien (85%), Eritrea (81%), Afghanistan (54%) und der Türkei (52%).

Als die italienische Regierung gewahr wird, dass das Seenotret-tungsschiff Alan Kurdi mit 150 geretteten Seelen Kurs auf Ita-lien nimmt, beschließt sie, die Häfen - wegen der Corona-Pande-mie - für alle Rettungsschiffe zu schließen. Das Bundesinnenminis-terium fordert Seenotrettungsorganisationen auf ihre Arbeit ein-zustellen: „Angesichts der aktuellen schwierigen Lage appellie-ren wir deshalb an Sie, derzeit keine Fahrten aufzunehmen und bereits in See gegangene Schiffe zurückzurufen.“

Erste griechische Flüchtlingslager werden wg. Corona abgerie-gelt. Die Internierten sind in der drangvollen Enge sich selbst und ihrer Angst überlassen. Auf den Inseln müssen sich jeweils 200 oder mehr Personen ein Plumpsklo teilen. Seife und Wasser sind Raritäten. Meldungen über Lagerbrände nehmen zu. Die Polizei schaut weg, wenn Faschisten Geflüchtete, zivile Helfer*innen oder Journalist*innen überfallen. Europa nutzt Corona zur epidemi-schen Grenzschießungspolitik. Nur 50 minderjährige Geflüchtete aus Griechenland werden in Deutschland aufgenommen.

2019 sind von den Behörden 22.337 Delikte mit rechtsextre-mem Hintergrund erfasst worden. Eine Steigerung von zehn Pro-zent. Sechs Monate nach Halle und gerade mal sechs Wochen nach Hanau findet die Ermordung eines yezidischen Jugendlichen durch einen Rechtsextremisten in Celle in der Corona-trunkenen Medienwelt kaum Beachtung und von der Politik kaum Erwäh-nung. Die Ermittlungsbehörden verlieren sich einmal mehr im Narrativ eines psychisch kranken Einzeltäters. Die Wut der Hinter-bliebenen ist ebenso stark wie die Trauer.

Bundesweit fanden in den Ländern mehrheitlich weniger Abschie-bungen als im Vorjahr statt. Schleswig-Holstein hingegen sticht mit einer Zunahme von 16 Prozent unter den vier hier führenden Bundesländern heraus (Sachsen +2,2 Prozent, Saarland +3,7 Prozent, Bayern +8,6 Prozent). Abzuwarten bleibt, ob hierzu von der neuen Landesinnenministerin Sabine Sütterlin-Waack ein Richtungswechsel kommt.

Die Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatovi,

fordert mit Blick auf Corona-bedingt weltweit geschlossene Gren-zen die Mitgliedstaaten auf, Abschiebungshäftlinge frei zu lassen. Nach der Europäischen Menschenrechtskonvention sei Abschie-behaft nur so lange rechtmäßig, wie die Abschiebung tatsächlich durchgeführt werden könne.

Die Gefahr einer Ansteckung ist in Gemeinschaftsunterkünften erheblich. „Für die Unterbringung in Sammelunterkünften ist ... grundsätzlich eine Einzelbelegung von Schlafräumen vorzuse-hen“, dekretiert das Bundessozialministerium in seinen SARS-CoV-Arbeitsschutzstandards: „Eine Mehrfachbelegung von Schlafräumen ist grundsätzlich nur für Partner bzw. enge Fami-lienangehörige statthaft.“ An besseren Alternativen zum Lager herrscht z.B. an leerstehenden Hotels und Ferienwohnungen auch in Schleswig-Holstein kein Mangel.

In Schleswig-Holstein wurde seit Anfang April eine allgemeine Quarantäne in der EAE Neumünster verfügt. Dort protestier-ten am 17. April sechzig inzwischen unter Quarantäne isolierte verzweifelte Menschen gegen eine vermeintliche Ungleichbe-handlung - und können erst durch ein polizeiliches Großaufge-bot „beruhigt“ werden. Anstatt die Landesunterkünfte durch ver-stärkte dezentrale Verteilung leerlaufen zu lassen, reaktiviert das Land 600 Plätze in der zuletzt im stand-by-Modus gehaltenen Einrichtung Levo-Park in Bad Segeberg.

Wo immer auf der Welt es an fließend Wasser mangelt, geraten die Ausbreitungsbedingungen von Covid 19 optimal. Der Chef des Welternährungsprogramms schlägt Alarm: In Konfliktregio-nen nehmen Hunger und in der Folge Mundraub als Überlebens-strategie zu. Die UNO warnt vor einer Zunahme Corona-beding-ter Fluchtbewegungen und -konflikte sowie migrationsbedingter Kriegsgewalt im Trikont.

Fortsetzung folgt.

Martin Link

Kiel, 28. April 2020

Impressum

Das Magazin für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein – Der Schlep-per Nr. 97 wird herausgegeben vom Projekt Westküste Ahoi! im Flüchtlingsrat Schles-wig-Holstein e. V. Angebote zur Mitarbeit sind herzlich willkommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wider.

Redaktion: Martin Link (v.i.S.d.P.), Swantje Tiedemann, Gabi Köhler · **Layout:** Kirstin Stre-cker · **Druck:** hansadruck, Kiel · **Fotos:** picture alliance/dpa, Fotograf Hendrick Schmidt, (Titel), Tim Christian Kirchof (Seiten 9 und 37), Seebrücke (Seiten 11, 17, 25, 45, 53), Foto privat (Seite 21), Urte Andresen (Seite 35), Luventa (Seite 41), Medico Inter-national (Seite 49), Karin Desmarowitz (Seiten 51 und 57), Marily Stroux (Seite 59) · **Zeichnung:** Tim Eckhorst (Seite 60) · **ISBN:** 978-3-941381-35-3 **Schlepper online im Internet:** www.frsh.de/schlepper

Förderung: Das Projekt „Westküste Ahoi!“ wird gefördert durch Aktion Mensch und der Robert-Bosch-Stiftung.

Adresse: Der Schlepper · Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. · Sophienblatt 82-86 · 24114 Kiel · Tel.: 0431 735000 · Fax: 0431 736077 · office@frsh.de · www.frsh.de

Gefördert durch die
**Aktion
MENSCH**

 **Robert Bosch
Stiftung**